

Helmut Wiesenthal

28.12.2004

Hartz IV ist erst die halbe Miete – Wann kommt der Rest?

„Hartz IV“ – das Unwort des Jahres 2004 bedeutet vieles zugleich. Kritiker haben Recht, wenn sie beklagen, dass der Staat ein Stück Verantwortung für das Schicksal seiner Bürger aufgibt. Recht haben aber auch die, die in Hartz IV eine zeitgemäße Form sozialpolitischer Verantwortung sehen. Zweifelhaft ist allerdings, dass Hartz IV zu einem deutlichen Anstieg von Wirtschaftsleistung und Beschäftigungsniveau führt.

(1) Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im neuen Arbeitslosengeld II (ALGII) bedeutet nicht weniger als den Bruch mit einer Form von Sozialpolitik, die seit über zwei Jahrzehnten ihre eigenen Funktionsbedingungen untergräbt. Zwar war auch schon die Arbeitslosenhilfe ähnlich wie die Sozialhilfe an eine Bedürftigkeitsprüfung geknüpft. Doch orientierten sich die Bezüge am vorangegangenen Arbeitseinkommen: Der relative Status der Hilfebezieher wurde gewahrt. Sozialhilfeempfänger kannten keine solche Stattsicherung, aber konnten, sofern sie arbeitsfähig waren, über ihre Zeit und Arbeitskraft selbst verfügen. Hartz IV beendet diese „Privilegien“, die der Sozialstaat einst den Schwächsten der Gesellschaft gewährte.

Der Bruch war notwendig geworden. Von Krise zu Krise war in Deutschland die Zahl derer angestiegen, die trotz positiver Wirtschaftslage „draußen“ blieben, weil ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt wurde bzw. in Anbetracht der geltenden Beschäftigungs- und Entlohnungsbedingungen unrentabel geworden war. Das war so lange hinnehmbar, wie man annahm, dass der „Überhang“ beim Arbeitsangebot mit dem nächsten Konjunkturaufschwung verschwinden würde. Heute ist klar: Das war ein Irrtum. Hohe Arbeitslosigkeit und niedriges Wachstum sind zwei Seiten derselben Medaille. Solange Steuern und Sozialabgaben so hoch bleiben, wie sie sind, ist ein Gutteil der gesellschaftlich nutzbaren Arbeit zu teuer. Wir haben also längst ein gespaltenes Beschäftigungssystem: auf der einen Seite die gut bezahlten, aber knapper werdenden Industriearbeitsplätze in der Exportwirtschaft, auf der anderen Seite ein unterentwickelter Arbeitsmarkt für soziale und persönliche Dienstleistungen, weil diese nicht zu Industrielöhnen finanzierbar sind. Die „Lösung“ liegt auf der Hand: größere Lohnspreizung akzeptieren und dafür sorgen, dass niemand lebenslang auf Niedriglohnjobs gefangen bleibt. Also: Öffnung, Durchlässigkeit, Qualifikation und Mobilität.

Im Hinblick darauf hört sich der Zweck von Hartz IV gut an: arbeitsfähige Hilfeempfänger wieder in Arbeit bringen. Es handelt sich, vereinfachend formuliert, um die Abschaffung des „Rechts“ auf Dauerarbeitslosigkeit. Das beruhte nicht nur auf dem statusorientierten Hilfeanspruch der Langzeitarbeitslosen, sondern auch auf der Akzeptanz ihrer an offiziellen Zumutbarkeitskriterien festgemachten Resignation: „Für mich gibt es doch eh keine geeignete Arbeit“. Für geeignete Arbeit zu sorgen, war bekanntlich Sache des Staates. Der hatte die Tarifverbände vor der naheliegenden Aufgabe bewahrt, auf jahrzehntelange Massenarbeitslosigkeit mit mehr Lohndifferenzierung und flexiblen Beschäftigungsformen zu reagieren.

(2) Ob aus den ALGII-Beziehern eine neue „Unterklasse“ wird, hängt weniger von ihnen selbst als vom Mut der Reformpolitiker ab. Die Anrechnung von eigenem Vermögen und Partnereinkommen soll sie unter Druck setzen, auch gering bezahlte Arbeit anzunehmen. Da aber nur einige Tausend auf gemeinnützigen Ein-Euro-Jobs landen werden, sehen sich viele an die Wand gedrückt. Denn ohne Öffnung des Beschäftigungssystems durch niedrige Einstiegsgehälter, flexible Arbeitsverhältnisse und günstige Qualifikations- und Aufstiegschancen für zusätzliche Arbeitskräfte (die auch den Wettbewerb der Unternehmen um das bestgeeignete Personal anstacheln) ist Hartz IV unvollständig. Dort, wohin sich jetzt die ALGII-Bezieher gedrückt sehen, steht die Wand unserer starren und mit reichlich Insider-Privilegien gespickten Arbeits-, Sozial-, Wirtschafts- und Gewerbeordnung. Wenn wir auf eine weitergehende Liberalisierung von Arbeitsmarkt und Unternehmertätigkeit verzichten, die mehr Durchlässigkeit und Mobilität ermöglicht, wird tatsächlich mehr Asymmetrie in die gesellschaftliche Chancenstruktur einziehen, wobei die Zahl der Chancenarmen stetig wächst.

(3) Dennoch ist nicht mit der Neuauflage einer Klassengesellschaft alten Stils zu rechnen. Die Welt des 21. ist in vieler Hinsicht offener als die des 19. Jahrhunderts. Der Zugang zum Wissen und den übrigen Produktionsmitteln der Informations- und Dienstleistungsgesellschaft ist relativ frei. Wenn die deutschen Eliten weiter an dem zu Kaisers und Nazi-Zeiten geschaffenen Wirtschaftskorsett festhalten und das Interesse der jeweils Beschäftigten über das Interesse aller Erwerbsfähigen an einer positiven Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung stellen, gewinnen die Alternativpfade an Bedeutung: Schwarzarbeit und Arbeitsemigration. Als verantwortungsvolle Bürger sollten wir deshalb Position beziehen: Entweder liefert uns die Regierung endlich ein Paket aus auf einander abgestimmten Reformen, die den Investoren mehr Erwartungssicherheit (auch hinsichtlich einer angemessenen Ertragsbesteuerung) geben, den Selbständigen und Jungunternehmern mehr Spielraum verschaffen, den Arbeitsuchenden zu realen Einstiegschancen verhelfen und den Unterstützungsbedürftigen jenes Mindestmaß an Existenzsicherheit und Teilhabe garantieren, das sie brauchen, um die eigenen Kräfte zu entwickeln. Oder wir quittieren den Attentismus der Politik mit der Aufwertung der individuellen Exit-Optionen vom Schlage Schwarzarbeit und Auswanderung. So oder so: Wir wollen nicht nur die Nachteile des globalisierten Wettbewerbs, sondern auch seine Vorzüge – in Gestalt von höherer Dynamik, größerer Mobilität und niedrigerer Erfolgsbarrieren – erfahren.